Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2019-08-20

Dezernat: III / Fachdienst Feuerwehr
und Rettungsdienst
Bearbeiter/in: Jakobi, Stephan, Dr.
Telefon: (0385) 5000-100

Beschlussvorlage

Drucksache Nr.

00041/2019

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss

Betreff

Beschaffung eines Systems zur strukturierten Notrufabfrage in der Integrierten Leitstelle

Beschlussvorschlag

1. Der Hauptausschuss erteilt die Genehmigung zur Beschaffung einer Software zur strukturierten Notrufabfrage in der Integrierten Leitstelle auf der Grundlage einer freihändigen Vergabe gem. Vergabegesetz M-V (VgG M-V) i.V.m. Unterschwellenvergabeverordnung (UVgO).
2. Der Oberbürgermeister wird durch den Hauptausschuss ermächtigt, dem im Ergebnis des Vergabeverfahrens (§ 43 UVgO, unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichstes Angebot) ermittelten Auftragnehmer zur Lieferung der unter 1. genannten Software den Auftrag zur Ausführung der betreffenden Lieferleistung sowie einhergehender Dienstleistungen zu erteilen.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Die Landeshauptstadt Schwerin ist durch öffentlich rechtlichen Vertrag Trägerin der Integrierten Leitstelle Westmecklenburg. Sie stellt die ständige Erreichbarkeit des Notrufs 112 für alle Bürgerinnen und Bürger Westmecklenburgs z.B. bei medizinischen Notfällen, Bränden und sonstigen Not- und Unglücksfällen sowie bei Katastrophen sicher. Die Leitstelle koordiniert alle Einsätze, alarmiert entsprechende Einsatzmittel und bietet Führungsunterstützung für die Einsatzkräfte. Sie ist zudem Meldekopf für diverse Anfragen an die Landkreise Ludwigslust-Parchim, Nordwestmecklenburg und die Landeshauptstadt Schwerin.

Es ist beabsichtigt, im Rahmen einer freihändigen Vergabe gem. VgG M-V i.V.m. UVgO ein Softwareprodukt für die Strukturierte und Standardisierte Notrufabfrage an allen Plätzen der Disposition in der Integrierten Leitstelle zu erwerben und einzuführen. Begleitend sind

Schulungen aller Mitarbeiter*innen der Leitstelle durch den Hersteller notwendig und werden ebenfalls mit ausgeschrieben. Das Programm soll in der Lage sein, durch gezielte, dynamisch angepasste Fragestellungen den Disponenten/die Disponentin auf dem schnellsten Wege zur Entscheidung des geeigneten Rettungsmittels bzw. der geeigneten Einheit der Feuerwehr zu führen. Die Ergebnisse werden an die örtlichen Voraussetzungen im Bereich der ILWM anpassbar sein. Durch den Hersteller werden angepasste Fragestellungen für verschiedene Personengruppen (Erwachsene, Kinder, leichte Sprache, verschiedene Fremdsprachen) abzubilden sein.

Für die Beschaffung ist eine Auszahlung von 100.000 Euro (Softwarelizenz, Installation, Schulung) im Haushaltsjahr 2019 geplant.

Entsprechend § 5 Abs. 4 Nr. 1 a) der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Schwerin hat der Hauptausschuss die Zustimmung zum Vergabeverfahren nach VOL (neu UVgO) für Leistungen über 50.000 EUR zu erteilen.

2. Notwendigkeit

Die Notwendigkeit ergibt sich aus der Vorgabe gemäß Rettungsdienstgesetz M-V i.V.m. § 2 Verordnung über die Rettungsdienstplanung, welche die Einführung eines solchen Programms in den Leitstellen bis 31.12.2020 vorschreiben.

3. Alternativen

Keine. Es handelt sich um eine gesetzliche Pflichtaufgabe.

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

Die Beschaffung trägt dazu bei, die Leistungsfähigkeit der Leitstelle und damit die Hilfe bei Not- und Unglücksfällen zu verbessern.

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

keine

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

Das Auftragsvolumen beträgt ca. 100.000 EUR (TH 08, Produktsachkonto 1270200.78571000 Auszahlungen für Sachanlagen und unbewegliche Vermögensgegenstände >1000 EUR), Insgesamtveranschlagung 314.000 EUR.

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: **ja**/nein

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

- entfällt -

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

- entfällt -

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

- entfällt -

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

keine

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

liegen derzeit nicht vor

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes (inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen):

keine

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte (siehe Klammerbezug Punkt e):

keine

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt:

keine

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt:

keine

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister